

PERU AKTUELL

Schwerer Weg aus der Krise

Die neue peruanische Übergangsregierung, unter dem Parlamentspräsidenten Valentin Paniagua, die bis Juli im Amt bleibt, bemüht sich derzeit, die Korruptionsaffäre um den zurückgetretenen Präsidenten Alberto Fujimori aufzudecken und Schlüsselpersonen, wie den ehemaligen peruanischen Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos, festzunehmen. Vornehmliche Aufgabe des Übergangskabinetts, dem der ehemalige UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar als Ministerpräsident und Außenminister vorsteht, ist die Festnahme Montesinos. Montesinos, der Ende November vergangenen Jahres die Krise in Peru durch das Auftauchen eines ihn der Korruption belastenden Videos, ausgelöst hatte. Auf dem Band ist ein Politiker zu sehen, der Bestechungsgelder von Montesinos annimmt. Nach Ausstrahlung des Videos war Fujimori nach Japan geflüchtet. Von Tokio aus gab er seinen Rücktritt als peruanischer Präsident bekannt. Gleichzeitig beteuerte er, er sei nicht in die Korruptionsskandale verwickelt. Die Auslandskonten seiner Familie seien „in Ordnung“.

Indessen sind im peruanischen Wirtschaftsministerium Dokumente aufgetaucht, die eine Mittäterschaft Fujimoris untermauern. Für diesen Fall hatte die Übergangsregierung einen internationalen Haftbefehl angekündigt. Es handelt sich hierbei um Eildekrete, die Waffenkäufe im Wert von „hundert Millionen Dollar“ genehmigten, wie der neue peruanische Justizminister, Diego Garcíá Sayán, Mitte Dezember im Fernsehen bestätigte. Diese seien von Fujimori und dem ehemaligen Wirtschaftsminister unterzeichnet worden.

Derzeit geht man von einem Auslandsvermögen von über 2,2 Milliarden Mark aus, über die der untergetauchte Montesinos verfügen soll. Der größte Teil stamme aus dem Waffenhandel und der Erpressung von Drogenhändlern, wie David Waisman, Vorsitzender der Untersuchungskommission zum illegalen Vermögen Montesinos, bestätigte. Nach einer Irrfahrt durch verschiedene südamerikanische Staaten soll sich Montesinos nun in Venezuela aufhalten. Die venezuelanische Regierung kündigte an, Montesinos unter keinen Umständen Asyl zu gewähren. Bereits die Regierung Panamas hatte einen solchen Antrag abgelehnt.

Die peruanische Übergangsregierung wird jedoch auch weiter im Inland fahnden, da sie keinem Täuschungsmanöver zum Opfer fallen will.

(fr)